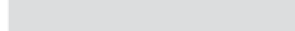


Die Europäische Union: 446 Millionen Bürger – 27 Länder



Mitgliedstaaten der Europäischen Union (2019)



Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten



Ihr Beitrag zu dauerhaftem Frieden und Wohlstand...



Konrad Adenauer



Simone Veil



Alcide De Gasperi



Winston Churchill



Robert Schuman



Jean Monnet



Das Motto:
In Vielfalt vereint



Die europäische Hymne



Der Euro



Die europäische Flagge



9. Mai - Europatag



Български

Čeština

dansk

Deutsch

eesti keel

Ελληνικά

English

español

français

Gaeilge

hrvatski

Italiano

latviešu valoda

lietuvių kalba

magyar

Malti

Nederlands

polski

português

Română

slovenčina

slovenščina

suomi

svenska

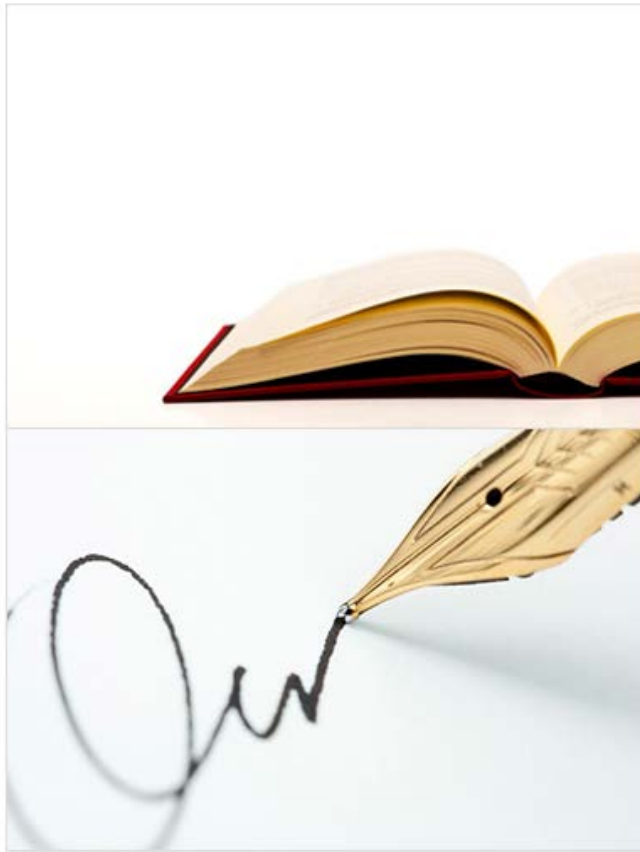


- 1989** Fall der Berliner Mauer – Ende des Kommunismus
Start der EU-Wirtschaftshilfe: Phare-Programm
- 1992** Festlegung der Kriterien für einen Beitritt zur EU:
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
 - funktionierende Marktwirtschaft
 - Fähigkeit, die Rechtsvorschriften der EU umzusetzen
- 1998** Beginn der offiziellen Erweiterungsverhandlungen
- 2002** Gipfel von Kopenhagen stimmt großen Erweiterung um 10 neue Mitgliedstaaten zu
- 2004** Zehn neue EU-Mitgliedstaaten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
- 2007** Bulgarien und Rumänien treten der EU bei
- 2013** Kroatien tritt am 1. Juli bei





Land	Bevölkerung (Millionen)
Bosnien und Herzegowina	3,5
Montenegro	0,6
Kosovo unter Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates	1,8
Nordmazedonien	2,1
Albanien	2,9
Serbien	7
Türkei	79,8



- 1952 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- 1958 Römische Verträge
- Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
 - Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)
- 1987 Einheitliche Europäische Akte: der Binnenmarkt
- 1993 Vertrag zur Europäischen Union – Maastrichter Vertrag
- 1999 Vertrag von Amsterdam
- 2003 Vertrag von Nizza
- 2009 Vertrag von Lissabon

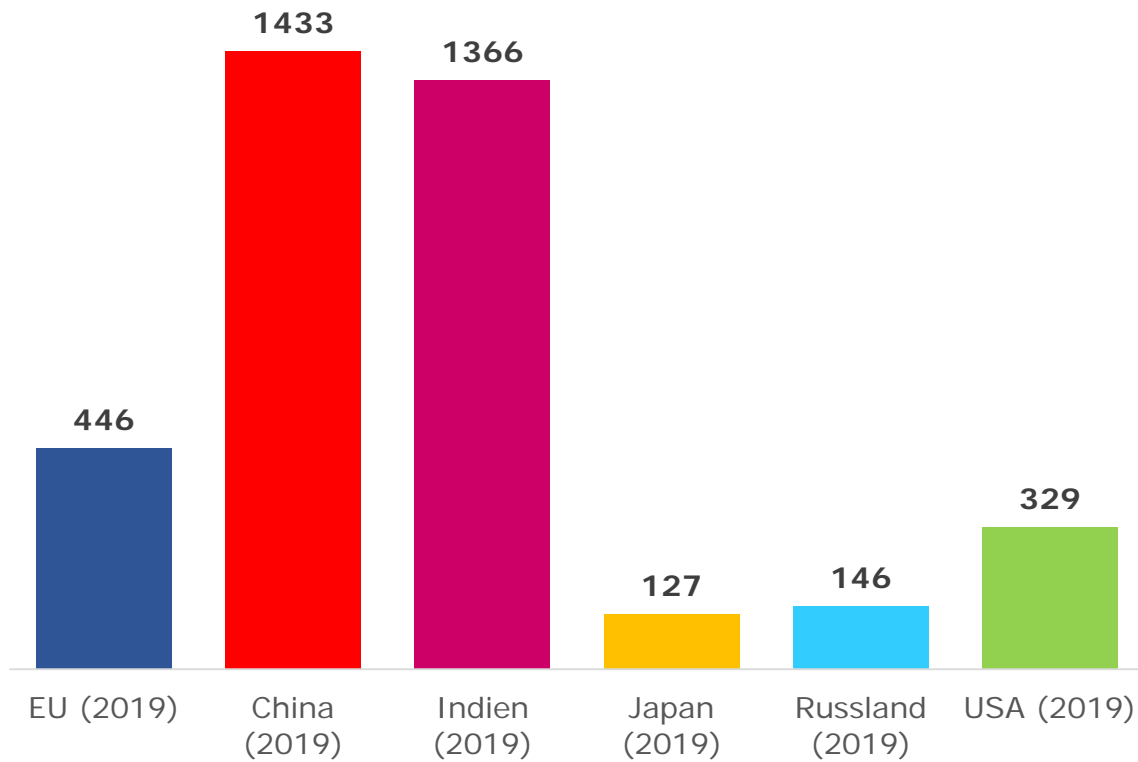


Verbindlich für alle Aktivitäten der EU
54 Artikel unter 6 Titeln





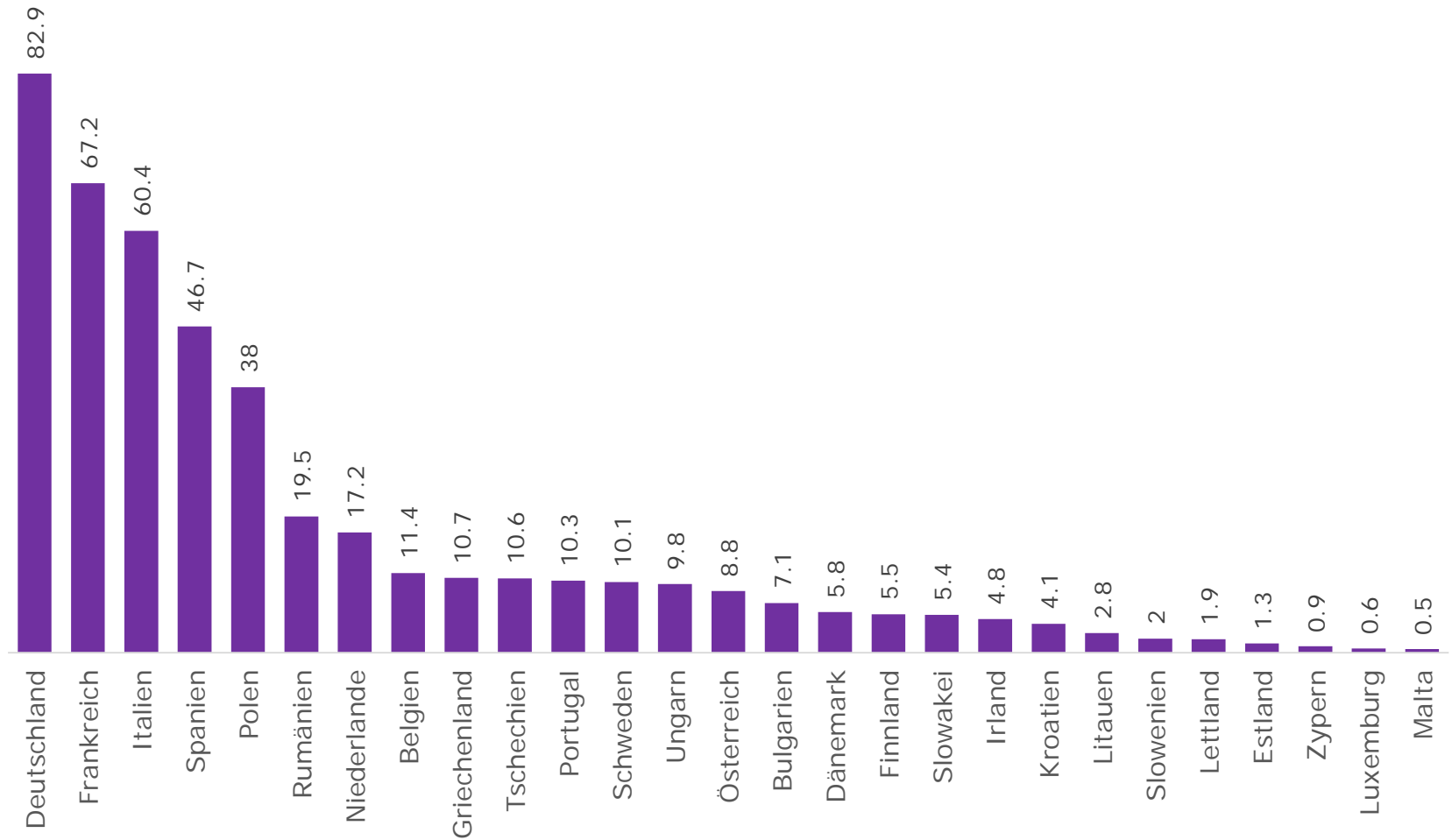
Bevölkerung in Millionen



Wie viele Menschen leben in der EU?



Bevölkerung in Millionen (2019)
446 Millionen insgesamt





2008: Die weltweite Finanzkrise beginnt in den Vereinigten Staaten.

Koordinierte Reaktion der europäischen Spitzenpolitiker:

- **Bekanntnis zum Euro und Verpflichtung zur Finanzmarktstabilität**
- **Neue Vorschriften und neue Instrumente zur Krisenbewältigung:**
 - Europäischer Stabilitätsmechanismus: Fond zur Unterstützung von Ländern mit außergewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten
 - Neue Vorschriften zur Stabilität von Banken
 - Bankenunion: EU-weite Bankenaufsicht und Mechanismus zur Schließung insolventer Banken
- **Bessere wirtschaftliche Steuerung:**
 - Europäisches Semester: Jährliches Verfahren zur Koordinierung öffentlicher Haushalte
 - Euro-Plus-Pakt, "Fiskalpakt-Vertrag": gegenseitige Verpflichtung zu soliden öffentlichen Finanzen



Europäischer Fonds für strategische Investitionen

Die Investitionsoffensive für Europa, die im November 2014 beschlossen wurde, sieht die Gewährung öffentlicher Garantien vor, um Anreize für private Investitionen zu bieten.

Der im Rahmen der Investitionsoffensive geschaffene **Europäische Fonds für strategische Investitionen** hat (bis Oktober 2019) bereits Investitionen im Wert von 439 Milliarden Euro mobilisiert und damit alle Erwartungen übertroffen.

Mithilfe dieser Investitionen wurden 1,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen; bis 2022 sollen es 1,7 Millionen werden.

Über eine Million kleiner und mittlerer Unternehmen soll einen verbesserten Zugang zu Finanzmitteln erhalten. Das Bruttoinlandsprodukt der EU ist dank der Offensive bislang um 0,9 % gestiegen.



Die Reaktion der EU auf die Finanzkrise:



- **Regelwerk:**

Neue Vorschriften zur Sicherstellung, dass Banken über das notwendige Kapital und eine bessere Risikokontrolle verfügen

- **Aufsicht:**

Die Europäische Zentralbank überwacht +/- 130 der wichtigsten Banken

Nationale Aufsichtsbehörden arbeiten eng zusammen

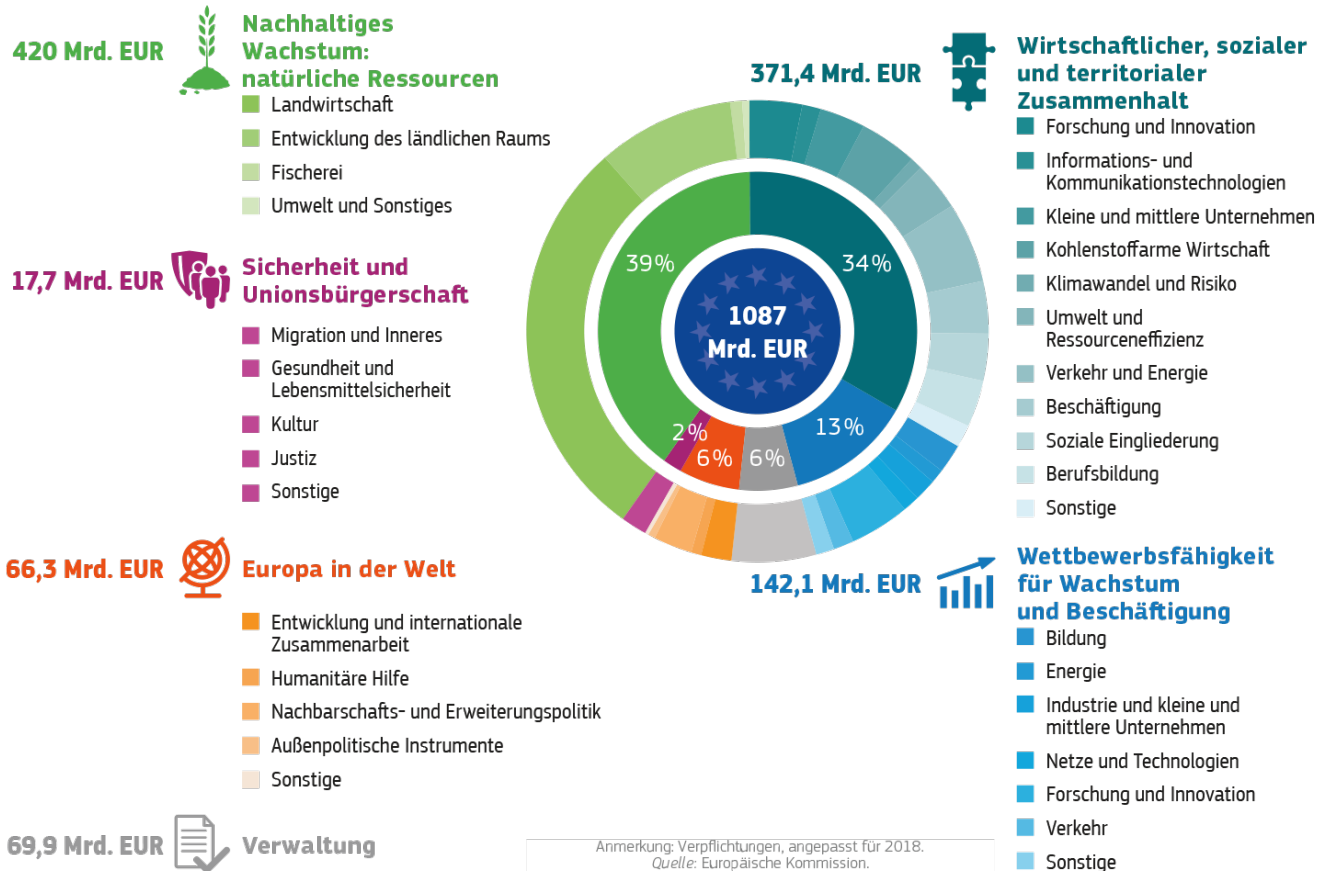
- **Abwicklung:**

Ein europaweites Einheitliches Aufsichtsgremium kann über die Abwicklung einer insolventen Bank entscheiden.

Dies wird unterstützt durch einen Fonds, in den die Banken selbst einzahlen, wodurch sichergestellt wird, dass die Steuerzahler nicht belangt werden.



Aus dem EU-Haushaltsplan (2014-2020) finanzierte Bereiche



Anmerkung: Verpflichtungen, angepasst für 2018.
Quelle: Europäische Kommission.

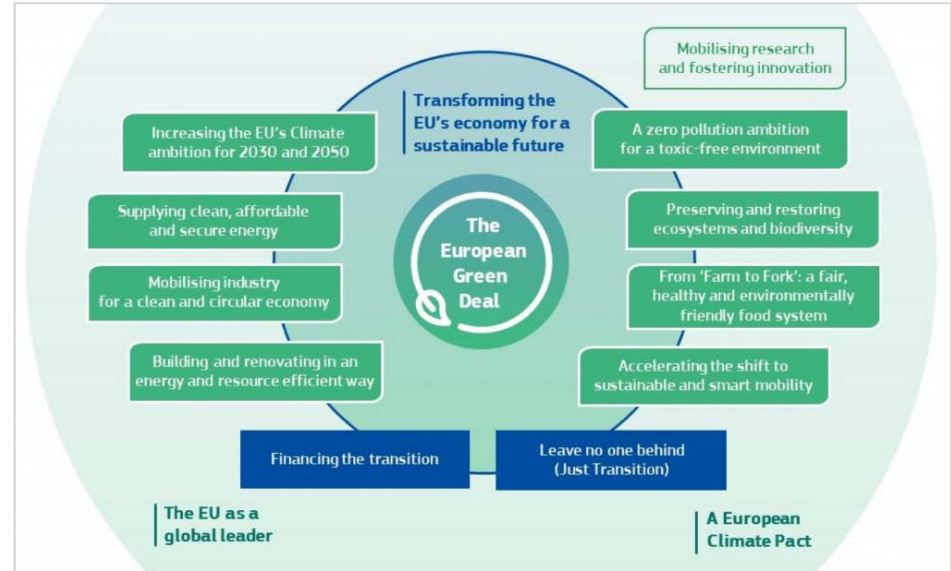
Der jährliche EU-Haushalt für 2018 belief sich auf rund €160 Mrd. - ein großer Betrag in absoluten Zahlen, aber nur rund 1% des von den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten jährlich erwirtschafteten Wohlstands.



Ambitioniertere Klimaschutzziele der EU für 2030 und 2050

Bis 2050 klimaneutral zu werden, erscheint fast unmöglich und ist doch eine riesige Chance. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Europäische Kommission im Dezember 2019 ihren **europäischen Grünen Deal** vorgestellt.

Der europäische Grüne Deal ist integraler Bestandteil der Strategie der Kommission zur Umsetzung der Agenda 2030 und der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung.



Bis März 2020 will die Kommission das erste europäische „Klimagesetz“ vorschlagen. Damit wird das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 in Rechtsvorschriften verankert.

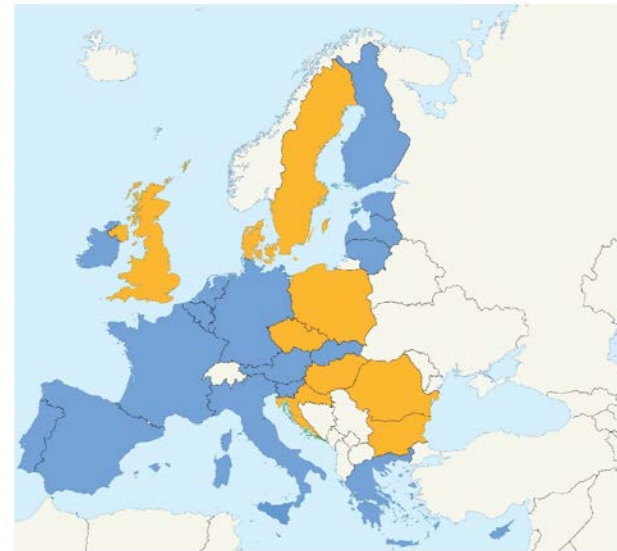
Die EU hat bereits damit begonnen, ihre Wirtschaft zu modernisieren und umzugestalten, um klimaneutral zu werden. Im Zeitraum 1990 bis 2018 konnte sie die Treibhausgasemissionen um 23 % senken, während ihre Wirtschaft um 61 % wuchs.

Bis zum Sommer 2020 wird die Kommission einen auf Umweltauswirkungen geprüften Plan vorlegen, mit dem die Reduktionsvorgabe der EU für die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf verantwortungsvolle Weise auf mindestens 50 % und angestrebte 55 % gegenüber 1990 angehoben werden soll.



Warum brauchen wir den Euro?

- Kein Fluktuationsrisiko und kein Wechselkursrisiko
- Größere Auswahl und stabilere Preise für Verbraucher
- Engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen EU-Ländern



- EU-Länder, in denen der Euro verwendet wird
- EU-Länder, in denen der Euro nicht verwendet wird

Der Euro wird im gesamten Euroraum verwendet.

- Münzen: eine Seite mit nationalem Symbol, eine gemeinsame Seite
- Scheine: keine nationale Seite





Freizügigkeit in vier Bereichen:

- Waren
- Dienstleistungen
- Personen
- Kapital

Der Binnenmarkt hat eine Reihe von Erfolgen möglich gemacht:

- Erhebliche Preissenkungen bei vielen Produkten und Dienstleistungen, auch bei Flugtickets und Telefonanrufen
- Eine größere Auswahl für die Verbraucher
- Millionen neuer Jobs
- Zahlreiche Möglichkeiten für Unternehmer



Seit Mai 2015 hat die Europäische Kommission die meisten der Vorschläge vorgelegt, die sie in ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt angekündigt hatte. Im Überblick:

- Die Roaminggebühren wurden im Juni 2017 abgeschafft. Seitdem können wir unsere Mobiltelefone innerhalb der EU zu den gleichen Tarifen nutzen wie daheim.
- Zum Schutz personenbezogener Daten traten am 25. Mai 2018 strengere EU-Vorschriften in Kraft.
- Im Rahmen der WiFi4EU-Initiative wird die EU-weite Einrichtung kostenloser öffentlicher WLAN-Hotspots in unseren Gemeinden gefördert.
- Neue Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Unternehmen gegen Cyberangriffe
- Seit 2018 können Online-Abonnements für Filme und Fernsehprogramme, E-Books, Videospiele und Musikdienste aufgrund neuer Vorschriften EU-weit genutzt werden.
- 2018 wurde beschlossen, 1 Mrd. EUR in den Aufbau einer europäischen Supercomputer-Infrastruktur von Weltrang zu investieren.



Europa bietet weltweit die höchsten sozialen Standards und liegt in puncto Lebensqualität und Wohlergehen der Menschen weit vorne.

Grundlagen hierfür sind:

- Die **Europäische Sozialcharta**, die grundlegende soziale und wirtschaftliche Rechte garantiert. Sie garantiert ein breites Spektrum alltäglicher Menschenrechte in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Sozialschutz und soziale Sicherheit.
- Der **Europäische Sozialfonds** ist Europas wichtigstes Instrument zur Förderung der Beschäftigung – er verhilft Menschen zu besseren Arbeitsplätzen und gewährleistet fairere Beschäftigungsmöglichkeiten für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger. Jährliche Investitionen in Höhe von 10 Mrd. EUR verbessern die Berufsaussichten für Millionen Europäer, insbesondere für schwer Vermittelbare.
- Im Rahmen der **Europäischen Beschäftigungsstrategie** sollen EU-weit mehr und bessere Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Die **Jugendgarantie** ist die Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen unter 25 innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für
 - eine Beschäftigung
 - eine Weiterbildungsmaßnahme
 - einen Ausbildungsplatz oder
 - ein Praktikumerhalten.



Schengen

- Keine polizeilichen oder zollamtlichen Kontrollen an den Grenzen zwischen den meisten EU-Ländern sowie Norwegen, Liechtenstein, der Schweiz und Island.
- Verstärkte Kontrollen an den EU-Außengrenzen
- Bessere Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden in den verschiedenen EU-Ländern
- Bei Reisen innerhalb der EU können Sie Waren für den persönlichen Gebrauch kaufen und einführen





Erasmus+

Jedes Jahr gehen über 400.000 junge Menschen ins Ausland, um mit Hilfe von **Erasmus+**, dem EU-Programm für Aus- und Weiterbildung, Jugend und Sport, in einem anderen europäischen Land zu studieren oder sich auszubilden.

Darüber hinaus unterstützt Erasmus+ das **Europäische Solidaritätskorps** und den **Europäischen Freiwilligendienst**.





- Charta der Grundrechte
- Gemeinsame Terrorismusbekämpfung
- Länderübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Strafverfolgungsbehörden
- Abstimmung der Asyl- und Einwanderungspolitik
- Zusammenarbeit in Zivilsachen



Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die EU führt ambitionierte Handelsgespräche und verfolgt eine ausgewogene und moderne Handelspolitik, um die Globalisierung zu meistern.

Neue Handelsabkommen mit:

- Kanada (2017)
- Japan (2018)
- und viele mehr ...

Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe

- Katastrophenschutzverfahren: staatliche Hilfe, die unmittelbar nach einer Katastrophe geleistet wird
- rescEU, ein neues System zur Erhöhung der Katastrophenabwehrkapazitäten





Eckpfeiler der EU-Außen- und Sicherheitspolitik sind:

- Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt
- Entwicklungszusammenarbeit
- Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
- Handeln in humanitären Notsituationen und bei Klimakatastrophen

International nutzt die EU ihre diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und humanitären Mittel, um friedliche Lösungen für Konflikte herbeizuführen. Dies gilt insbesondere für Libyen, Syrien und die Ukraine.

Im Dezember 2017 einigten sich 25 Mitgliedstaaten auf eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, d.h. einen rechtlich verbindlichen Rahmen für eine engere Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen.

2017 wurde ein Europäischer Verteidigungsfonds gegründet. Er dient der Zusammenarbeit in der Forschung und bei der Entwicklung gemeinsamer industrieller Verteidigungsprodukte und -technologien. Bis 2020 werden aus dem Fonds 90 Mio. EUR in die Forschung und 500 Mio. EUR in die Entwicklung investiert.

Im April 2019 billigte das Europäische Parlament Pläne, den Fonds im nächsten langfristigen EU-Haushalt (2021-2027) mit rund 13 Mrd. EUR auszustatten und daraus gemeinsame Forschungsprojekte vorrangig über Finanzhilfen zu finanzieren.

Die EU ist der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe



Sie unterstützt die Entwicklungsländer in Form von Hilfen und Zusammenarbeit beim Aufbau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität.

2018 waren die EU und ihre Mitgliedstaaten nach wie vor die weltweit führenden Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Ihr Beitrag lag bei über 74,4 Mrd. EUR.

Die im September 2018 geschmiedete Allianz Afrika-Europa für nachhaltige Investitionen soll die Partnerschaft der EU mit Afrika auf eine höhere Stufe bringen. Vorrangig sollen in Afrika mehr Arbeitsplätze entstehen.

Entsprechend wird in Bildung, Fertigkeiten, Handel und strategische Wirtschaftszweige investiert.





Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein Grundwert der EU.

Die EU will Frauen den angestrebten Beruf ermöglichen, ihnen die gleiche Entlohnung wie Männern bieten und sie dabei unterstützen, Berufsleben und andere Lebensbereiche besser miteinander in Einklang zu bringen:

- **Beschäftigung:** 2017 stieg der Anteil erwerbstätiger Frauen in der EU auf 66,6 %. Dem stehen fast 80 % bei den Männern gegenüber.
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Frauen verdienen in der EU durchschnittlich 16 % weniger als Männer. Im November 2017 hat die EU einen Aktionsplan vorgelegt, um das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern auszugleichen.
- **Finanzierung:** Zu den speziellen Maßnahmen, mit denen Frauen in Lohn und Brot gebracht werden sollen, zählen Fortbildungs- oder Umschulungsprogramme. Hochwertige Kinderbetreuungs- und individuelle Beratungsangebote sollen es den Frauen erleichtern, nach einer Karrierepause an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Arbeitgeber werden für die Herausforderungen, vor denen Frauen stehen, stärker sensibilisiert.
- **Wirtschaft:** Das Beschäftigungsgefälle zwischen Frauen und Männern kostet die EU-Wirtschaft schätzungsweise 370 Mrd. EUR jährlich. Eine Verbesserung könnte bis 2050 zu 10,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen führen und der EU-Wirtschaft einen Zuwachs von 1,95-3,15 Bio. EUR bescheren.



Eine weitere zentrale Priorität besteht darin, der Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein Ende zu setzen. Die von der EU finanzierte **Kampagne NON.NO.NEIN** bietet Männern und Frauen Gelegenheit, sich für ein Ende der Gewalt gegen Frauen einzusetzen.



Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen – gemeinsames Handeln ist gefragt



Mit Unterstützung der EU konnte bereits Folgendes erreicht werden:

- sauberere Badegewässer
- erheblich weniger saurer Regen
- bleifreies Benzin
- einfache und sichere Entsorgung alter Elektrogeräte
- strenge Vorschriften im Bereich der Lebensmittelsicherheit – vom Hof bis auf den Tisch
- mehr ökologischer und hochwertiger Landbau
- wirksamere Warnhinweise auf Zigarettenpackungen
- Registrierung und Kontrolle aller Chemikalien (REACH)



Als Verbraucher sind Sie in der gesamten EU durch Grundrechte geschützt, selbst wenn Sie unterwegs sind oder online einkaufen

- Eindeutige Kennzeichnung
- Gesundheits- und Sicherheitsstandards
- Verbot unlauterer Praktiken in Verträgen
- Passagierrechte, z.B. Entschädigungen bei langen Verspätungen
- Hilfe bei der Lösung von Problemen





Das Europäische Parlament

– die Stimme des Volkes

David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments



Der Europäische Rat und der Rat

– die Stimme der Mitgliedstaaten

Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates

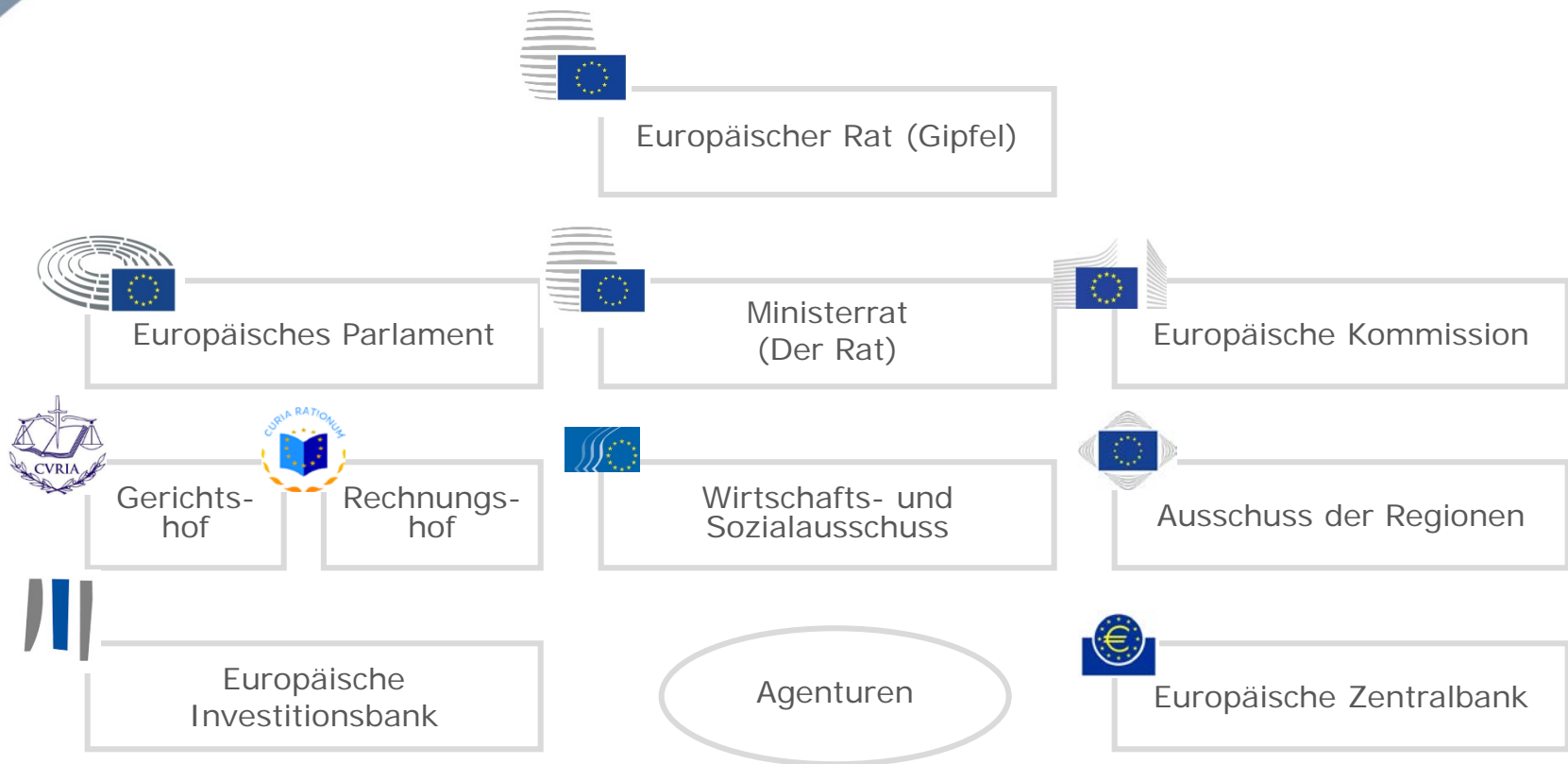


Die Europäische Kommission

– im Interesse des Gemeinwohls

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission

Die EU-Institutionen







- Ein Minister aus jedem EU-Land
- Wechselnder Vorsitz alle sechs Monate
- Entscheidet zusammen mit dem Parlament über EU-Rechtsvorschriften und Haushalt
- Zuständig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik





Die meisten Beschlüsse im Rat werden per „**doppelter Mehrheit**“ getroffen.

Unterstützt werden muss ein Beschluss mindestens von:

- 55% der Mitgliedstaaten
- Mitgliedstaaten, die 65% der EU-Bevölkerung darstellen



Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aller EU-Länder



- Findet mindestens viermal jährlich statt
- Legt große Leitlinien der EU-Politik fest
- Präsident: Charles Michel



Josep Borrell

- Doppelfunktion:
Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten
+ Vizepräsident der Europäischen Kommission
- Er ist zuständig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
- Er steht an der Spitze des Europäischen Auswärtigen Dienstes.





27 unabhängige Mitglieder, eines aus jedem EU-Land

- Schlägt neue Rechtsvorschriften vor
- Ist das Exekutivorgan
- Ist die Hüterin der Verträge
- Vertritt die EU auf internationaler Ebene





27 unabhängige Richter, einer aus jedem EU-Land

- Entscheidet über die Auslegung des EU-Rechts
- Gewährleistet eine einheitliche Anwendung des EU-Rechts in allen EU-Ländern





Emily O'Reilly

Europäische Bürgerbeauftragte

- Untersucht Beschwerden über Missstände in den Verwaltungen der EU-Organe
- Beispiele für Missstände:
Ungerechtigkeit, Diskriminierung,
Machtmissbrauch, unnötige Verzögerung,
Nichtäußerung oder falsche Verfahren
- Jeder in der EU kann eine Beschwerde einreichen





27 unabhängige Mitglieder

- Wacht über die ordnungsgemäße Verwendung der EU-Mittel
- Kann jede Person oder Organisation, die EU-Mittel verwaltet, überprüfen





Christine Lagarde

Präsidentin der Zentralbank

- Sorgt für Preisstabilität
- Kontrolliert die Geldmenge und legt Zinssätze fest
- Überwacht, ob Banken sicher sind
- Arbeitet unabhängig von den Regierungen





- Vertritt u. a. Gewerkschaften, Arbeitgeber, Landwirte und Verbraucher
- Berät in Fragen neuer EU-Vorschriften und Strategien
- Ermutigt die Bürgergesellschaft zu stärkerer Mitwirkung in EU-Angelegenheiten





- Vertritt Städte, Regionen
- Berät in Fragen neuer EU-Vorschriften und Strategien
- Ermutigt die lokale Verwaltung zu stärkerer Mitwirkung in EU-Angelegenheiten





Haben Sie Fragen zur EU? Europe Direct kann Ihnen helfen:



- Telefonisch, per E-mail oder per Webchat
- Regionale Infozentren in der gesamten EU

europa.eu/europedirect